

<https://apollo-news.net/keine-aufarbeitung-bayerns-staatsregierung-will-corona-dokumente-nicht-herausgeben/> 21.4.2024

Keine Aufarbeitung: Bayerns Staatsregierung will Corona-Dokumente nicht herausgeben

Die SPD wollte von der bayerischen Staatsregierung die Freigabe von Corona-Dokumenten. Söders Regierung blockt ab und sieht dafür „keinen Anlass“. Überdies hält die Regierung die Schulschließungen in der Pandemie für „verhältnismäßig“.

Bayern hatte teils die härtesten Corona-Maßnahmen in ganz Deutschland. Ministerpräsident Söder (CSU) profilierte sich in der Pandemie als Anführer von „Team Vorsicht“. Mit einer Anfrage wollte der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn die Zeit aufarbeiten und die Staatsregierung darum bitten, „die einschlägigen Akten des Kabinetts, des Gesundheitsministeriums und des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit offenzulegen“. Doch die Staatsregierung sieht „für eine weitere Offenlegung von Dokumenten keinen Anlass“.

Weiter fragte von Brunn auch die Staatsregierung zu der Schließungen von Kitas und Schulen in Bayern während der Coronazeit. Diese war nach Ansicht der Staatsregierung „angemessen und verhältnismäßig“.

Begründet wird dies damit, dass „der Schutz von Leib und Leben an oberster Stelle“ stand und damit, dass das Bundesverfassungsgericht diese Maßnahmen nicht beanstandete. Damit flüchtet sich die Staatsregierung in juristische Ausflüchte, um ihre rigide Coronapolitik zu

rechtfertigen und eine Debatte auf Basis medizinischer Fakten zu vereiteln.

Gegenüber dpa äußerte sich von Brunn zu den Antworten der Staatsregierung. „Dass die Regierung Söder sich jetzt weigert, die Akten zu öffnen und alle Maßnahmen immer noch für richtig erklärt, ist da unverständlich“, sagte von Brunn der mehr Transparenz fordert. Seiner Ansicht nach ist es für die Gesellschaft wichtig, „über Corona in vernünftiger und einführender Weise nachzudenken“ und „Gräben“ zu „beseitigen“.

SPD gibt sich als Corona-Aufklärer

In Bayern möchte die SPD den großen Corona-Aufklärer geben und reiht sich damit aktuellen Forderungen aus den Reihen der Genossen ein.

Zuletzt forderte die SPD auf Bundesebene die Einrichtung eines Bürgerrats, um die Pandemiezeit aufzuarbeiten. Dort sollen zufällig ausgewählte Bürger „ihre Erlebnisse schildern und Empfehlungen für die Zukunft aussprechen können“. Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach, einer der radikalsten Corona-Maßnahmen Befürworter in Deutschland, gibt mittlerweile zu, dass die langen Schulschließungen ein Fehler waren. Die 180-Grad-Wende der SPD rund 2 Jahre nachdem sich die Partei für eine Impfpflicht gegen Corona aussprach erstaunt. In der Pandemie fuhr die SPD einen harten Umgang mit Maßnahmenkritikern und Ungeimpften. 2021 forderte die SPD eine verschärfte Beobachtung der Querdenker durch den Verfassungsschutz. SPD-Ministerpräsident Weil behauptete, dass 20 Prozent Ungeimpfte reichten, aus, „um eine ganze Gesellschaft in

Angst und Schrecken zu versetzen“. Ob die SPD wirklich ein ernsthaftes Interesse hat, die Zeit aufzuarbeiten und auch eigene Fehler eingestehen wird, bleibt offen.

[https://tkp.at/2024/04/22/us-regierung-fixiert-pakt-zur-pandemie-
praevention](https://tkp.at/2024/04/22/us-regierung-fixiert-pakt-zur-pandemie-
praevention) 22.4.2024

US-Regierung fixiert Pakt zur „Pandemie-Prävention“

Massiver Vorstoß aus den USA: Auch wenn die WHO-Reform scheitern sollte, haben die USA ihre Strategie zur globalen Pandemievorsorge herausgegeben.

Sollte die WHO-Reform scheitern, hätten die USA bereits vorgesorgt. Vergangene Woche gab das Weiße Haus den Abschluss der „Globalen Gesundheitssicherheitsstrategie 2024“ der USA bekannt. Die „nächste Pandemie“ und die „Klimakrise“ wurde mit dem Plan zur militärischen Operation erklärt. Involviert ist auch die „Biodefense“-Abteilung des Verteidigungsministeriums.

WHO-Reform ohne WHO

[In der Presseerklärung des Weißen Haus nach der Unterzeichnung des](#)

[Vertrags](#), wurden drei Punkte hervorgehoben, für welche die neue Strategie dienen soll. Da ist zuerst die Stärkung „bilateraler Partnerschaften“ für die „globalen Gesundheitssicherheitskapazitäten“.

(Anmerkung: „Gesundheitssicherheit“ ist ein Wort, das vor allem seit Covid die Politik dominiert. Gesundheitspolitik wurde oft durch

Gesundheitssicherheitspolitik abgelöst – und Sicherheitspolitik hat immer eine militärische Komponente). Die US-Regierung arbeite mit „50 Ländern

und regionalen Einrichtung“ zu diesem Zweck zusammen. Das Außenministerium würde zudem daran arbeiten, „die Fortschritte im Bereich der Gesundheitssicherheit in weiteren 50 Ländern zu fördern“.

Wer braucht da also noch eine WHO-Reform, wenn die USA bereits die Führung bei der „Pandemieprävention“ übernommen haben?

Aber – und das wird in der Erklärung ebenfalls bekanntgegeben – stehen die USA fest hinter dem „Abschluss eines Pandemieabkommens und geänderter internationaler Gesundheitsvorschriften bis zum Mai 2024“.

Zudem kümmere sich die USA um „Finanzierung und Führungsstärke zur Erreichung von Gesundheitssicherheit“.

<https://tass.ru/obschestvo/20589869> 19.4.2024

Гинцбург сообщил, что "Спутник" для подростков может выйти в оборот через два месяца

Gintsburg sagte, dass Sputnik für Jugendliche in zwei Monaten im Umlauf sein könnte

Das Gamaleya-Forschungszentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie hat ebenfalls mit der Erforschung einer aktualisierten Formulierung dieses Impfstoffs für Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren begonnen, fügte der Direktor des Zentrums hinzu.

MOSKAU, 19. April. / Der Sputnik-Impfstoff für Jugendliche von 12 bis 17 Jahren mit einer aktualisierten Formulierung könnte in etwa eineinhalb bis zwei Monaten in den zivilen Verkehr gelangen; ein Antrag auf Registrierung wurde bereits beim russischen Gesundheitsministerium

eingereicht. Dies berichtete der Direktor des Nationalen Wissenschaftlichen Zentrums für Epidemiologie und Mikrobiologie N.F. Gamaleya, Alexander G. Ginzalev, Direktor des russischen Gesundheitsministeriums, gegenüber TASS.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/150798/WHO-schlaegt-wegen-Ausbreitung-von-Vogelgrippe-Alarm> 18.4.2024

WHO schlägt wegen Ausbreitung von Vogelgrippe Alarm

Genf – Die Weltgesundheitsorganisation ([WHO](#)) hat wegen des Übergreifens des Vogelgrippeerregers H5N1 auf immer mehr Arten Alarm geschlagen. Dass H5N1 nicht mehr nur Vögel befalle, rechtfertige „enorme Besorgnis“, sagte WHO-Chefwissenschaftler Jeremy Farrar heute in Genf.

Das Virus habe sich zu einer weltweiten „Tierpandemie“ entwickelt. Mit dieser Ausbreitung wachse die Gefahr, dass auch Menschen sich ansteckten und der Erreger schließlich von Mensch übertragen werde, warnte Farrar.

Der aktuelle Vogelgrippeausbruch hatte 2020 begonnen und führte bereits zum Tod von dutzenden Millionen Geflügelnutztieren. Das Virus befällt überdies Wildvögel und ist mittlerweile auch bei Säugetieren an Land und im Meer festgestellt worden. Im vergangenen Monat kamen zur Überraschung von Experten Kühe und Ziegen auf der Liste der befallenen Arten hinzu.

Derzeit gibt es keinen Nachweis, dass sich H5N1 unter Menschen ausbreitet. Es gab laut WHO aber zumindest mehrere 100 Fälle, in denen sich Menschen bei infizierten Tieren ansteckten.

In diesen Fällen sei die Todesrate „außergewöhnlich hoch“, sagte WHO-Experte Farrar. Von 2003 bis zum 1. April 2024 registrierte die WHO nach eigenen Angaben in 23 Ländern 889 Ansteckungen bei Menschen, von denen 463 tödlich endeten. Das entspricht einer Todesrate von 52 Prozent.

<https://tkp.at/2024/04/18/kongo-entdeckt-affenpocken-mutation/>

18.4.2024

Kongo entdeckt neue Affenpocken-Mutation

Gesundheitsbehörden im Kongo schlagen Alarm und fordern „dringende Maßnahmen“ nach der Entdeckung eines mutierten Affenpockenstammes mit „pandemischem Potential“.

In Kamituga, einer Kleinstadt der Demokratischen Republik Kongo, wurden bisher 108 Fälle eines neuen Affenvirusstammes gemeldet. Das sagen Behörden, die davon sprechen, dass das neue Virus eine Mutation des mPox-Stammes Klade 1 sei. Es sei „noch infektiöser“ und könne sich „Tests besser entziehen“, heißt es.

„Ausbruch verhindern“

Forscher verlangen in einem Preprint-Paper „dringende Maßnahmen“, um das Virus einzudämmen. Es gehe darum, einen „weltweiten Ausbruch zu verhindern“, berichtet die [Daily Mail](#) am Montag.

Die Forscher, die das Virus in einem Preprint beschrieben haben, forderten „dringende Maßnahmen“, um das Virus einzudämmen und einen weltweiten Ausbruch zu verhindern. „Ohne ein Eingreifen birgt dieser lokalisierte Kamituga-Ausbruch das Potenzial, sich national und international auszubreiten“, [schreiben](#) die Autoren. „Angesichts der jüngsten Geschichte von Mpox-Ausbrüchen in der Demokratischen Republik Kongo plädieren wir für ein rasches Handeln der endemischen Länder und der internationalen Gemeinschaft, um einen weiteren globalen Mpox-Ausbruch zu verhindern“, fügen sie hinzu.

<https://reitschuster.de/post/wurden-in-den-niederlanden-600-000-impfungen-aus-dem-register-geloescht/> 18.4.2024

Wurden in den Niederlanden 600.000 Impfungen aus dem Register gelöscht? „Wir sehen eine Explosion der gemeldeten Nebenwirkungen“
Von Kai Rebmann

Jim Ferguson ist der Gründer des „Freedom Train International“ und spricht in seiner Sendung regelmäßig mit kritischen Geistern der Gegenwart. Am Dienstag veröffentlichte der Moderator ein Interview mit drei Gästen aus den Niederlanden: dem Datenanalysten Wouter Aukema, dem Politiker und ehemaligen Abgeordneten Wybren van Haga und Anne Merel Kloosterman, einer Vertreterin von Impfpfern.

Aukema führt darin aus, dass er zusammen mit einem IT-Experten ein Script geschrieben habe, um die bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) hinterlegten Sicherheitsberichte der letzten 20 Jahre

herunterzuladen. Es handelt sich dabei also nicht nur um Nebenwirkungen, die im Zusammenhang mit der Corona-Impfung gemeldet wurden, sondern bei allen Medikamenten – insgesamt hunderte Millionen von Datensätzen.

In den Jahren vor Covid habe sich die Zahl der eingegangenen Meldungen europaweit relativ konstant um 6.000 pro Woche bewegt, so der Experte. Mit Beginn der Impfkampagne im Januar 2021 sei diese Zahl „sofort explodiert“. Aukema blendete daraufhin alle Nebenwirkungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der sogenannten Corona-Impfung gemeldet wurden, aus – und stieß dabei auf ein in seinen Augen eindeutiges Muster.

Die Fallzahlen blieben nicht nur außergewöhnlich hoch, „weit über dem, was zuvor normal war in Europa“, sondern zeigten auch „tausende von Berichten“ für die beiden Medikamente bzw. Wirkstoffe Inflectra (Infliximab) und Keytruda (Pembrolizumab). Ersteres [wirkt entzündungshemmend](#), was laut Aukema darauf schließen lasse, dass man es „mit einem Immunproblem zu tun“ habe. Letzteres ist ein Medikament, das bei der [Behandlung von Krebspatienten](#) zum Einsatz kommt.

Der zweite Gast in der Runde, Wybren van Haga, sprach über seine Erfahrungen als Abgeordneter der Zweiten Kammer der Niederlande. Dort war er bis 2023 Mitglied für das Forum voor Democratie (FvD), ehe er im vergangenen Jahr die Abspaltung Belang van Nederland (BVNL) gründete.

Das kollektive Ausblenden von Daten, wie sie Aukema aufgedeckt hat und die zumindest alarmierend sein sollten, überrascht van Haga nicht. Der Ex-Abgeordnete spricht von einem „sektenartigen Verhalten“ im Parlament: „Entweder man schließt sich der Gruppe an oder man schert aus der Gruppe aus.“ So habe er bei kritischen Nachfragen – sei es zu FFP2-Masken, Lockdowns oder nicht zuletzt auch der Impfung – stets zu hören bekommen, dass das alles eben funktioniere und deshalb obligatorisch sei.

Wie die Kultur des Schweigens auch nach dem Auftauchen der ersten anderslautenden Indizien aufrechterhalten worden sein soll, beschreibt van Haga an einem Beispiel: „Offenbar gab es einen Bericht, dem zufolge ein Lockdown in den Niederlanden rund 620.000 gesunde Lebensjahre kosten und im Gegenzug nur 100.000 Lebensjahre retten würde. Das Nettoergebnis wären also 520.000 verlorene Lebensjahre. Deshalb war es auch unmöglich, im Parlament darüber zu sprechen.“.....

<https://nachrichten.es/spaniens-regierung-ignoriert-die-opfer-des-covid-impfstoffs-sie-haben-ihn-freiwillig-bekommen/> 16.4.2024

Spaniens Regierung ignoriert die Opfer des Covid-Impfstoffs: Sie haben ihn freiwillig bekommen

Es erkennt den kausalen Zusammenhang zwischen der Injektion und der Myokarditis an, aber das Gesundheitsministerium entzieht sich der Verantwortung.

Das Gesundheitsministerium ignoriert die Opfer von COVID-Impfstoffen und lehnt nun die Verantwortung der Verwaltung ab, selbst

wenn sie eine ausdrückliche Stellungnahme der [Spanische Agentur für Arzneimittel und Medizinprodukte \(Aemps\)](#) , die erstmals den kausalen Zusammenhang zwischen der Injektion des Impfstoffs Spikevax-covid-19 von Moderna und einer schweren Myokarditis bescheinigt.

“Ein Bürger, der freiwillig medizinische Versorgung in Anspruch nimmt muss davon ausgehen, dass Unerwünschte Wirkungen abgeleitet werden, wenn Sie Ihre informierte Einwilligung erteilt haben (...).

.....

<https://www.deutschlandfunk.de/vorwuerfe-gegen-von-der-leyen-wegen-pfizer-deal-loesen-eklat-im-eu-parlament-aus-afd-politikerin-wor-100.html> 24.4.2024

Vorwürfe gegen von der Leyen wegen Pfizer-Deal lösen Eklat im EU-Parlament aus – AfD-Politikerin Wort entzogen

Vorwürfe gegen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wegen eines Corona-Impfstoffvertrags der EU mit dem US-Pharmakonzern Pfizer 2021 waren Thema im Europaparlament. Bei einer Wortmeldung der deutschen AfD-Politikerin Anderson, Mitglied der rechtspopulistischen ID-Fraktion im Europäischen Parlament, kam es zu einem Eklat.

Anderson erhob nach eigener Darstellung während einer Sitzung massive Korruptionsanschuldigungen gegen von der Leyen. Nach knapp einer Minute wurde ihr daraufhin vom Parlamentspräsidium das Mikrofon abgeschaltet. Von der Szene verbreitete Anderson jetzt einen entsprechenden Mitschnitt auf X und sprach von einem „ungeheuerlichen Vorgang“.

Dem Mitschnitt zufolge hatte sie von der Leyen zunächst Vetternwirtschaft vorgeworfen, weil die deutsche CDU-Politikerin während der Corona-Pandemie mit Pfizer-Chef Albert Bourla 2021 „per SMS“ einen Vertrag über 35 Milliarden ausgehandelt habe. Anderson führte aus, von der Leyen weigere sich, alle Dokumente offenzulegen und einer Einladung in den Covid-Ausschuss zu folgen. Zudem ignoriere sie Anfragen der Ombudsfrau beharrlich und lächele selbst die Rüge des Europäischen Rechnungshofs ignorant weg. Das EU-Parlament müsse ihr daher spätestens jetzt, wo die Staatsanwaltschaft gegen sie ermittele, die „Rote Karte“ zeigen.

Als sie die Kommissionspräsidentin dann direkt als korrupt bezeichnete, wurde ihr das Wort entzogen. Wörtlich sagte sie laut dem Videomitschnitt: „Es ist schlimm genug, dass die Kommissionspräsidentin korrupt ist. Ein Parlament aber, dass diese Korruption deckt ist es ebenso und beraubt...“. – Hintergrund der Wortmeldung von Anderson war ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung, um das Impfstoff-Geschäft zu thematisieren. Der Antrag wurde anschließend von den anderen Abgeordneten mehrheitlich abgelehnt.